

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/032(V)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 17.01.2014	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:15Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper  
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29. 11. 2013 - öffentlicher Teil
- 4 Anträge
  - 4.1 Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung der  
Landeshauptstadt Magdeburg  
Fraktionen CD/BfM und Bündnis 90/Die Grünen A0128/13
  - 4.1.1 Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung der  
Landeshauptstadt Magdeburg  
BE: Bürgermeister S0240/13
  - 4.2 Mehr Stadtratsbeteiligung A0109/13  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 4.2.1 Mehr Stadtratsbeteiligung S0213/13  
BE: Oberbürgermeister

4.3	Trafohaus auf dem Eiskellerplatz Fraktion CDU/BfM	A0125/13
4.3.1	Trafohaus auf dem Eiskellerplatz BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	S0261/13
4.4	Anhörung bei Personalentscheidungen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0121/13
4.4.3	Anhörung bei Personalentscheidungen BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0236/13
5	Beschlussvorlagen und Informationen	
5.1	Berufung des Wahlleiters und seines Stellvertreters für die Kommunalwahl 2014 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0494/13
5.2	Wahlbereiche zur Kommunalwahl 2014 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0495/13
5.2.1	Wahlbereiche zur Kommunalwahl 2014 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0495/13/1
5.3	Einführung des "Katwarn-Systems" - Prüfung/Antrag A0119/13 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	I0275/13
5.4	Berichterstattung Fortgang Strombrückenzug (004) Aktueller Stand des Vorhabens Neubau Elbbrücken im IV. Quartal 2013 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	I0263/13
6	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzender**

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

**Geschäftsführung**

Frau Andrea Behne

**Verwaltung**

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. SR Herbst

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Hinweis: In Ergänzung der Tagesordnung liegt die DS0004/14 – Personalangelegenheit – als TOP 8.3 vor.

Die so ergänzte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 29. 11. 2013 - öffentlicher Teil

---

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 29. 11. 2013 – öffentlicher Teil – wird einstimmig bestätigt.

In diesem Zusammenhang nimmt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, Bezug auf TOP 6.1 der Niederschrift und die hierzu an alle Fraktionen erfolgte schriftliche Beantwortung des Oberbürgermeisters. Er legt seine Auffassung dar, dass bei Raumanmietungen im Rathaus auch die konkrete Abfrage zu Partnern erfolgen sollte. Zu der im Schreiben vorgenommenen Aussage, dass seitens der SPD-Stadtratsfraktion die Raumanmietung für ihre eigene Fraktionsarbeit erfolgte und somit keine weitere Prüfung erforderlich war, äußert er seinen Zweifel.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt hierzu dar, dass zur Klärung der hierfür geschlossene Vertrag geprüft werden muss.

Hinweis: Im Ergebnis der erfolgten Prüfung wurde die ordnungsgemäße Anmeldung der Veranstaltung der SPD-Stadtratsfraktion festgestellt.

#### 4. Anträge

---

##### 4.1. Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: A0128/13

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht klarstellende Ausführungen zum Anliegen des Antrages.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch verweist in seinen Ausführungen auf die bestehende Gesetzeslage hinsichtlich der Übernahme der Beförderungskosten für den Schulbesuch der Schule im Schulbezirk bzw. auf Anordnung der Schulbehörde. Insbesondere legt er dar, dass für die auf Grund des Stadtratsbeschlusses aus dem Jahr 1999 erforderliche Übernahme von Beförderungskosten für Schüler der Schulen in freier Trägerschaft als freiwillige Leistung jährlich ca. 166 TEUR aufgebracht werden müssen.

Ergänzend führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass Voraussetzung für eine Kostenübernahme für Schüler staatlicher Schulen ein Schulweg von mehr als 2 km ist. Bei freien Trägern gibt es jedoch keine Schulbezirke, so dass hier ein anderes Rechtskonstrukt gilt.

Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion, wirft die Frage auf, ob es rechtlich denkbar sei, für die betreffenden Schüler eine Kostenübernahme für den Weg zu der für sie nächstgelegenen Schule vorzunehmen.

Die Frage wird seitens des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch verneint und dazu klarstellend dargelegt, dass eine Kostenübernahme für die Klassen 1 bis 6 bei einem Schulweg von mehr als 2 km, bis Klasse 10 von 2,5 km und bei weiteren Klassenstufen von 3 km erfolgt. D.h. ein Schüler, der in einem Schulbezirk seinen Wohnort hat und dessen Schulweg mehr als 2 km beträgt, bekommt das Fahrticket erstattet.

Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion, legt dar davon ausgegangen zu sein, dass Schüler zumindest den Betrag für den Weg zum nächstgelegenen Schulstandort erstattet bekommen, auch wenn sie einen anderen Schulort gewählt haben.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, äußert seine Bedenken, dass sich ein Konglomerat an Ausnahmegenehmigungen zuerst für freie Schulen und im Weiteren auch sowohl für staatliche als auch für zukünftige Gemeinschaftsschulen ergeben kann. Er spricht sich dafür aus, im Stadtrat die Frage der Öffnung der Schuleinzugsbereiche für alle Schulformen zu thematisieren. Danach könne eine Klärung der Frage der Schülerbeförderung erfolgen.

Hinsichtlich der Thematik Gemeinschaftsschulen führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass ab 2015/16 alle Sekundarschulen Gemeinschaftsschulen sein werden und es dann auch keine Einzugsbereiche mehr geben wird.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, hinterfragt finanzielle Unterschiede, wenn Kosten bis zur nächstgelegenen Schule erstattet werden bzw. wenn eine Erstattung erfolgt, egal wo sich der Schulstandort befindet. Wenn nur bis zur nächstgelegenen Schule eine Erstattung für alle Schüler erfolgt, müsse auch nur eine Berechnungsgrundlage angesetzt werden.

Hierzu verweist der Bürgermeister Herr Dr. Koch nochmals auf die vom Gesetzgeber vorgegebenen Strecken für die Kostenübernahme und legt dar, dass unterhalb dieser Grenzen keine Zuschüsse gezahlt werden. Hinsichtlich des Umgangs mit den Schulbereichen sieht er die Notwendigkeit einer Entscheidungsfindung. Fraglich dabei sei auch der Umgang mit den

Grundschulen. Es könne sein, dass in absehbarer Zeit die Schulbezirke in Stadtfeld aufgehoben werden, so dass auch die Schülerbeförderung neu definiert werden muss. Das könne dann nur so sein, wie im Antrag formuliert wurde. Er verweist darauf, dass dies zu Mehrkosten führen wird, deren Umfang derzeit aber noch nicht eingeschätzt werden können.

Auch wenn im Bereich der Sekundar- und Gemeinschaftsschulen keine größeren Veränderungen eintreten, ergibt sich trotzdem eine Mehrbelastung für den städtischen Haushalt. Für eine Umsetzung im Sinne des vorliegenden Antrages würden Kosten in Höhe von rund 100 TEUR entstehen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass hinsichtlich der Fahrkostenerstattung die Ungerechtigkeit besteht, dass Inhaber der Schülerfahrtickets diese auch für Fahrten im gesamten Stadtgebiet, auch nachmittags und am Wochenende, nutzen können. Gerechter wäre, wenn diese nur für den erforderlichen Schulweg Gültigkeit hätten. Er legt seine Auffassung dar, dass diese Problematik im Stadtrat diskutiert werden muss.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, führt zum Anliegen des Antrages aus, dass dieser auf die Ist-Situation abzielt. Zielstellung des Antrages soll sein, die Schüler gleichzustellen, die die Möglichkeit der freien Schulwahl nutzen. Nach seiner Auffassung könne dies berechnet werden. Über eine Änderung der Schülerbeförderungssatzung könne gesprochen werden, wenn der vorliegende Antrag umgesetzt sei.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt die Empfehlung, zunächst noch ein Jahr abzuwarten und eine Satzungsanpassung erst bei Eintreten größerer Veränderungen hinsichtlich der Schuleinzugsbereiche vorzunehmen.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt mit diesem Vorschlag umgehen zu können.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, verweist darauf, dass bereits in den vergangenen Jahren die Diskussion hinsichtlich der Schuleinzugsbereiche geführt wurde und spricht sich für die Empfehlung des Oberbürgermeisters aus, zunächst noch abzuwarten.

Abschließend legt Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nochmals klarstellend zum Antrag dar, dass hiermit der Oberbürgermeister beauftragt werden soll, Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0128/13 der Fraktionen CDU/BfM und Bündnis 90/Die Grünen in seiner Sitzung am 20. 02. 2014 zu beschließen.

#### 4.1.1. Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: S0240/13

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### 4.2. Mehr Stadtratsbeteiligung Vorlage: A0109/13

---

In seinen Erläuterungen zur Stellungnahme der Verwaltung verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf, dass die beantragte Stadtratsbeteiligung so nicht möglich ist. Er bezeichnet es als nicht sinnvoll, Gesetzentwürfe zur Abgabe einer Stellungnahme im Stadtrat zu behandeln. Mit Hinweis auf die ca. 300 Gemeinden in Sachsen-Anhalt legt er klarstellend dar, dass bei einer Beteiligung aller Gemeinden eine Auswertung der zu Gesetzesentwürfen erarbeiteten Stellungnahmen praktisch nicht umsetzbar ist. Insbesondere verweist er darauf, dass die Aufnahme einer Stellungnahme der Stadt Magdeburg zu einem Gesetzesentwurf nicht verlangt werden könne. Die Stadt habe keine Berechtigung für die Abgabe von Stellungnahmen. Diese werden ggf. seitens des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes abgefordert. Hinsichtlich der Einbringung von politischen Meinungen gibt er die Empfehlung, sich diesbezüglich an die entsprechenden Landtagsfraktionen zu wenden.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält es für problematisch, wenn Aussagen hinsichtlich einer Positionierung der Stadt Magdeburg getroffen werden, aber tatsächlich sich der Stadtrat gar nicht positioniert hat. Er legt dar, dass seitens des Stadtrates auch nicht zu jeder Gesetzesänderung seine Stellungnahme abgegeben werden müsse, aber es gibt Gesetze, die originär die Arbeit des Stadtrates betreffen, so z.B. die Kommunalverfassung.

Hinsichtlich der Änderung der Kommunalverfassung führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass eine entsprechende Stellungnahme im Sommer 2013 beim Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt eingereicht wurde, welche als offizielles Papier an den Landtag Sachsen-Anhalt übergeben wurde. Insbesondere legt er dar, dass eine Presseveröffentlichung hinsichtlich der Änderung der Bürgerquoren seine persönliche Auffassung enthielt und nicht die offizielle Auffassung der Stadt Magdeburg.

Der zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz legt seine Auffassung dar, dass die beantragte Beteiligung schon aus praktischen Gründen nicht machbar sei. Für die Prüfung eines 180seitigen Papiers zur Abgabe der vom Städte- und Gemeindebund eingeforderten Stellungnahme besteht eine Fristsetzung für die Verwaltung von 2 bis 3 Wochen. Wie könne hier noch eine angemessene Beteiligung des Stadtrates erfolgen? Er sieht es als fraglich an, ob die Umsetzung des Vorschlages des Ausschusses KRB, eine Behandlung des Gesetzentwurfes im Ausschuss vorzunehmen, bereits als Stadtratsbeteiligung anzusehen ist. Eigentlich müsse dann zwingend eine Befassung des Stadtrates herbeigeführt werden, aber rein praktisch ist dies unter Beachtung der in der Geschäftsordnung des Stadtrates gesetzten Fristen zur Vorlage von Behandlungsgegenständen im Stadtrat zeitlich nicht machbar.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, legt seine Auffassung dar, dass der Oberbürgermeister die Landeshauptstadt vertritt. Deshalb müsse er, wenn er sich bei einer Meinungsbefragung einbringen möchte, auch die Meinung der Bevölkerung kennen. Neu sei, dass der Oberbürgermeister sich nicht selbst einbringe, sondern dies über Gremien erfolgt. Insofern sieht er eine Umsetzung des Antrages als schwierig an. Er stimmt der Auffassung des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zu, dass zu bestimmten Anlässen die Meinung des Stadtrates eingeholt werden sollte und der Oberbürgermeister beauftragt wird, diese Meinung in den zuständigen Gremien zu vertreten. Er wirft die Frage nach der Möglichkeit auf, dies zumindest bei bestimmten Themen umsetzen zu können.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt seine Auffassung dar, dass dies nicht umsetzbar sei. Er verweist darauf, dass in den zuständigen Gremien ein Mehrheitsbeschluss gefasst wird. Er stellt klar, dass der Städte- und Gemeindebund sowie Landkreistage angehört werden und ein Votum abgeben.

Weiterhin verweist er darauf, dass es den Fraktionen im Landtag, wenn sie eigene Anhörungen durchführen, freisteht, wen sie hierzu einladen wollen. Letztendlich entscheiden diese aber selbst. Mit Hinweis auf die über 300 Gemeinden in Sachsen-Anhalt sieht er auch keine andere Möglichkeit der Verfahrensweise.

Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion, glaubt, dass Grundannahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei, der Bürger wäre Gesprächspartner und bezeichnet diese Annahme als falsch. Er legt dar, dass der Oberbürgermeister über den Städte- und Gemeindebund angefragt wäre und dieser die Auffassung der Verwaltung bündelt.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, legt seine Auffassung dar, dass die politische Willensbildung über die Parteien passiert. Wenn dies gewollt sei, sollte sich an den Landtag gewandt werden.

Hinweis: Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, trifft zur Sitzung ein.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass die Parteien im Stadtrat vertreten sind. Er vertritt die Auffassung, dass der Oberbürgermeister die Position des Stadtrates zu vertreten hat und sieht entsprechende Einflussmöglichkeiten des Oberbürgermeisters als gegeben. Wichtig ist es für ihn, dass der Stadtrat der Stadt zu grundlegenden Themen seine Position klarmachen kann und der Vertreter der Stadt diese Position weiter trägt.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des Stadtrates Wähnelt merkt Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, an, dass bisher seitens der Stadt noch keine Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen abgegeben wurde, die den Interessen des Stadtrates zuwider gehandelt hat. Er legt seine Auffassung dar, dass, wenn die Gesetzgebung im Landtag erfolgt, dann der Landtag auch abschließend hierfür zuständig sei.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0109/13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 20. 02. 2014 nicht zu beschließen.

#### 4.2.1. Mehr Stadtratsbeteiligung Vorlage: S0213/13

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.



#### 4.3. Trafohaus auf dem Eiskellerplatz Vorlage: A0125/13

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, trifft die Feststellung, dass die Stellungnahme der SWM GmbH besagt, im Sinne des Antrages verfahren zu können und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Der Beigeordnete Herr Zimmermann stellt klar, dass es sich hierbei um eine Stellungnahme der Verwaltung handelt, die mit Unterstützung der SWM GmbH erarbeitet wurde. Er vertritt nicht die Auffassung, dass der vorliegende Antrag so beschlossen werden sollte, da hiermit ein hoher finanzieller Aufwand verbunden sei, der sich für die SWM GmbH als gewinnschmälernd erweist. Insbesondere verweist er darauf nicht zu wissen, woher die von der SWM GmbH benannten finanziellen Mittel genommen werden sollen.

Herr Zimmermann bittet darum, den Antrag bis zum Jahr 2017 zurückzustellen und dann erneut zu diskutieren. Es müsse abgewartet werden, ob die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, äußert seine Überraschung zum vorgelegten Antrag und begründet, dass doch bekannt sei, welchen Umfang die beantragte Umverlegung erfordert. Dieser betrage mindestens 5,5 Mio Euro. Er legt seine Auffassung dar, dass gewisse Relationen eingehalten werden sollten.

Stadtrat Müller verweist darauf, den Antrag zwar nicht ablehnen zu wollen, hält diesen aber auch nicht für zustimmungsfähig. Insbesondere verweist er auf die Auffassung der SWM GmbH, dass Voraussetzung der Umverlegung die Klärung der Finanzierung ist.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0125/13 der Fraktion CDU/BfM nicht zu beschließen.

#### 4.3.1. Trafohaus auf dem Eiskellerplatz Vorlage: S0261/13

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### 4.4. Anhörung bei Personalentscheidungen Vorlage: A0121/13

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

In seinen Erläuterungen zum Antrag geht Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auf die einzelnen Beschlusspunkte ein. Hinsichtlich Punkt 1 des Antrages verweist er auf den Hintergrund, dass es möglich sein sollte auch Bewerber einzuladen, die im Gremium nicht unbedingt eine Mehrheit finden.

Zum Punkt 2 des Antrages verweist er auf die Problematik, dass die erforderlichen Unterlagen erst mit der Einladung zur Sitzung zur Verfügung stehen. Dieser Zeitraum liegt jedoch unter den lt. Geschäftsordnung festgelegten 14 Tagen Frist bis zur Ausschussberatung.

Der Beigeordnete Herr Platz macht auf die Problematik aufmerksam, dass der Sitzungsrhythmus des Verwaltungsausschusses eine größere Zeitspanne zwischen den Sitzungen beinhaltet. Dies erschwere eine fristgerechte Vorlage von Unterlagen für Personalverfahren.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses als Findungskommission Stellen von Geschäftsführern, Eigenbetriebsleitern und Beigeordneten umfasst. In diesen Fällen sollte die Möglichkeit bestehen, die erforderlichen Fristen einzuhalten.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, legt seine Auffassung dar, zumindest den Fraktionen die Möglichkeit einzuräumen, dass sich ein Bewerber, der keine Mehrheitsentscheidung bekommen hat, in einer Fraktion vorstellen kann.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf die Beschlussfassung zur DS0223/13, wonach bzgl. der Vorauswahl der Kandidaten, die zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden sollen, eine Beschlussfassung herbeigeführt werden muss. Wenn etwas anderes gewollt sei, müsse dieser Beschluss geändert werden. Er legt seine Auffassung dar, dass der vorliegende Antrag der beschlossenen Drucksache widerspricht. Es mache für ihn keinen Sinn Bewerber einzuladen, wenn bereits vorher feststeht, dass die Mehrheit des Gremiums diesen nicht auswählen will.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, kann das Anliegen des Antrages nachvollziehen. Es sei für ihn aber nicht händelbar, wenn eine zu große Anzahl von Bewerbern eingeladen werden soll.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich für eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte aus.

Klarstellend zum Antrag führt er aus, dass die meisten Fälle unproblematisch sind. Es gibt jedoch Fälle, wo die Möglichkeit besteht, dass eine Fraktion einen bestimmten Bewerber durchsetzen möchte.

Für Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, macht es Sinn, wenn Fraktionen die Möglichkeit haben, einen Bewerber vorzuschlagen. Er spricht sich dafür aus, dass für einen Bewerber eine Mehrheit gefunden werden muss.

Stadtrat Bromberg bezeichnet den vorliegenden Antrag als in sich nicht schlüssig und legt sein Auffassung dar, dass dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden kann.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, sieht Punkt 2 als zustimmungsfähig an, bezeichnet die Umsetzung des Punktes 1 für nicht machbar und begründet seine Auffassung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass aus seiner Sicht eine Fristenregelung gemäß Punkt 2 des Antrages unproblematisch sei und die 14-Tage-Frist eingehalten werden könne.

Er verweist darauf, dass bei einer Beschlussfassung zu Punkt 1 des Antrages die Beschlussfassung zur DS0223/13 geändert werden muss und plädiert dafür, diesem Punkt nicht zuzustimmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, Punkt 1 des Antrages A0121/13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, Punkt 2 des Antrages A0121/13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu beschließen.

#### 4.4.1. Anhörung bei Personalentscheidungen Vorlage: S0236/13

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### 5. Beschlussvorlagen und Informationen

---

#### 5.1. Berufung des Wahlleiters und seines Stellvertreters für die Kommunalwahl 2014 Vorlage: DS0494/13

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0494/13 in seiner Sitzung am 23. 01. 2014 zu beschließen.

#### 5.2. Wahlbereiche zur Kommunalwahl 2014 Vorlage: DS0495/13

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag DS0495/13/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt in seinen Erläuterungen zum vorliegenden Änderungsantrag dar, dass zur einfacheren Herstellung der Parität eine Aufteilung des Stadtgebietes in 5 Wahlbereiche vorgenommen werden sollte. Damit große Parteien die Möglichkeit haben sich anzupassen, sollte die Strukturänderung bereits nach der diesjährigen Kommunalwahl umgesetzt werden. Damit wird eine entsprechende Vorlaufzeit bis zur nächsten Kommunalwahl gewährleistet.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, nimmt Bezug auf ein vor einigen Tagen geführtes Gespräch zwischen den Fraktionsgeschäftsführern und dem Leiter des Amtes 12. Hier wurde seitens der Fraktionen signalisiert, in einen entsprechenden Diskussionsprozess einzutreten. Den Vorschlag, jetzt bereits eine Aufteilung in 5 Wahlbereiche festzulegen und erst danach zu diskutieren bezeichnet er als nicht nachvollziehbar und spricht sich für eine Ablehnung des Änderungsantrages aus.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, sieht die vorgeschlagene Anzahl der Wahlbereiche als fraglich an und führt aus, dass dem Änderungsantrag keine Begründung hierfür zu entnehmen ist. Er spricht sich ebenfalls gegen eine Zustimmung zum Änderungsantrag aus.

Eingehend auf die Beschlussvorlage vertritt er die Auffassung, dass hier gut dargelegt wurde, welche Veränderungen der Wahlbereiche erforderlich sind. Als problematisch bezeichnet er jedoch die Darlegungen zum Wahlbereich 8 mit einer Abweichung von 13,25 %. Er wirft die Frage auf, warum nur die Wahlbereiche 1 und 3 mit den prozentualen Abweichungen von 12, 8 bzw. 16,3 % geändert wurden, aber keine Änderung des Wahlbereiches 8 erfolgte.

Hierzu führt der Beigeordnete Herr Platz aus, derzeit keine dezidierte Beantwortung vornehmen zu können. Die Thematik wurde in den Fraktionen bereits diskutiert. Er legt dar, dass hierzu entsprechend nachgerechnet werden müsste und sagt zu, dies bis zur Sitzung des Stadtrates prüfen zu lassen. Herr Platz verweist darauf, dass mit der Drucksache versucht wurde ein bestehendes Spannungsfeld darzustellen im Zusammenhang mit dem Verfahren des Bundesverwaltungsgerichtes, welches Hinweise zum Umgang mit der 25 %-Klausel gegeben hat.

Insbesondere verweist er darauf, dass hier wahlrechtliche Grundsätze berührt werden, die eine sorgfältige Abwägung und Begründung erfordern.

Klarstellend verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper ergänzend darauf, dass es sich hier um eine rein mathematische Frage handelt. In den einzelnen Wahlbereichen gibt es Differenzen, die durch die Bereichsänderungen ausgeglichen werden sollen.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, äußert, über die geführte Diskussion irritiert zu sein, da die Drucksache bereits intensiv diskutiert und Einigung erzielt wurde, erst zur nächsten Kommunalwahl über größere Veränderungen zu diskutieren. Er führt aus, dass im Ergebnis der Diskussion in den Fraktionen, die vorgeschlagenen Änderungen der Drucksache größtenteils als zustimmungsfähig angesehen werden und vertritt die Auffassung, dass bis zur kommenden Kommunalwahl nur marginale Änderungen vorgenommen werden.

Insbesondere vertritt er die Auffassung, dass eine Neueinteilung in nur 5 Wahlbereiche für ihn nicht umsetzbar ist. Stadtrat Schwenke spricht sich dafür aus, der Drucksache im Verwaltungsausschuss und im Stadtrat zuzustimmen.

Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, führt Bezug nehmend auf den Änderungsantrag DS0495/13/1 aus, dass zunächst die Bevölkerungsentwicklung abzuwarten ist, einer Einteilung in 5 Wahlbereiche jedoch nicht zugestimmt werden kann. Eine entsprechende Prognose könne erst ein bis zwei Jahr vor der Kommunalwahl abgegeben werden.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, führt aus, dass für die Bürger im Stadtteil Stadtfeld nicht verständlich sei, wenn auch Kandidaten aus anderen Stadtteilen gewählt werden können. Er äußert seine Befürchtung, dass dadurch die Wahlbeteiligung sinken könnte. Hinsichtlich des vorliegenden Änderungsantrages sieht er diesen als richtungsbestimmend an und unterbreitet den Vorschlag einer redaktionellen Änderung der Anzahl der Wahlbereiche in „5 bis 7 Wahlbereiche“. Er spricht sich für die Zustimmung zum Änderungsantrag aus.

Bezug nehmend auf die Äußerungen des Stadtrates Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei hinsichtlich des Wahlbereiches 8 verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass mit der vorgeschlagenen neuen Struktur ein relativ geringer Eingriff in die Wahlbereiche vorgenommen wird. Maßgeblich sei für ihn, dass die Fraktionen die Gelegenheit hatten, sich zur Thematik zu positionieren.

Er führt aus, dass im Ausschuss KRB Einigung erzielt wurde, zeitig nach der kommenden Kommunalwahl die Diskussion zu führen und die Vor- und Nachteile im Einzelnen darzulegen. Sicher sei für ihn auch, dass nicht alle Stadträtinnen und Stadträte gleicher Meinung zu dieser Thematik sein werden.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, informiert, dass aus der Sicht seiner Fraktion nichts am Vorbereitungsverfahren zu kritisieren gibt. Es bestand für Fraktionen und Geschäftsführer der Fraktionen die Möglichkeit zur Meinungsäußerung. Er legt seine Auffassung dar, dass bei Abweichungen von der 25 %-Klausel gehandelt werden muss. Insbesondere verweist er darauf, dass im Wahlbereich 8 der Wert in etwa so groß wie im Wahlbereich 1 sei, hierzu aber keine Erklärung gegeben wurde.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist nochmals darauf, dass versucht wurde, die Eingriffe in die Wahlbereiche so gering wie möglich zu halten.

Zu dieser Aussage legt Stadtrat Wähnel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, seine Auffassung dar, dass die Eingriffe nicht so gering sind. Als Beispiel benennt er den Wahlbereich Rothensee und sieht in der vorgeschlagenen Erweiterung auf Grund der Trennung durch die Bahnlinie keine Verbindung und hält dies als grob fahrlässig. Er äußert ebenfalls seine Befürchtung, dass sich dies in der Wahlbeteiligung niederschlagen wird.

Im Ergebnis der geführten Diskussion stellt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper den durch Stadtrat Canehl redaktionell geänderten Änderungsantrag zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0495/13/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0495/13 in seiner Sitzung am 23. 01. 2014 zu beschließen.

### 5.3. Einführung des "Katwarn-Systems" - Prüfung/Antrag A0119/13 Vorlage: I0275/13

---

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, stimmt der in der Information dargelegten Auffassung der Verwaltung zu und legt dar, das Verfahren der Verwaltung zur Nutzung des Warnsystems MoWaS nachvollziehen zu können.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.4.           Berichterstattung Fortgang Strombrückenzug (004) Aktueller  
Stand des Vorhabens Neubau Elbbrücken im IV. Quartal 2013  
Vorlage: I0263/13

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann sowie der Leiter des Amtes 66 Herr Gebhardt anwesend.

Zur Information besteht auf Grund der ausführlichen Erörterung im Ausschuss StBV kein Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

Hinweis: Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, verlässt die Sitzung.

6.               Verschiedenes

---

6.1. Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, nimmt Bezug auf die in Presseveröffentlichungen benannten Ansprechpartner der Verwaltung für die Bevölkerung. Zu seiner Anregung, zukünftig dabei auch den Stadtrat zu benennen, sagt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper dies zu.

Ergänzend unterbreitet Stadtrat Müller ebenfalls den Vorschlag, im Programmablauf auch der Vorsitzenden des Stadtrates die Gelegenheit für ein Grußwort einzuräumen.

6.2. Meile der Demokratie

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, äußert sich kritisch zur erfolgten Pressekonferenz des Oberbürgermeisters mit dem „Bündnis gegen Rechts“ und bringt sein Unverständnis zum Ausdruck, dass in der gesamten Pressekampagne zur „Meile der Demokratie“ in keiner Weise der Stadtrat benannt wurde und auch die Vorsitzende des Stadtrat nicht beteiligt war. Er verweist darauf, dass die Fraktionen die Initiative „Keine Nazis im Rathaus“ in Leben gerufen haben, aus der dann die Meile der Demokratie entstanden sei. Er bittet darum, in die Vorbereitung der nächsten Meile den Stadtrat sowie die Vorsitzende des Stadtrates einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt, die Kritik anzunehmen. Erläuternd führt er aus, dass das „Bündnis gegen Rechts“ vor zwei bis drei Jahren darum gebeten habe, zur ihrer Initiative eine Pressekonferenz im Rathaus durchzuführen. Dies sei der Grund für seine Teilnahme an der Pressekonferenz.

Er verweist darauf, dass das Bündnis der Hauptakteur in Vorbereitung und Durchführung der Meile der Demokratie sei. Deshalb sei auch für die kommenden Jahre geplant, dass sich die Verwaltung hier mehr herausnehmen wird.

Für Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, ist nicht entscheiden, wer im Vorfeld aktiv ist. Entscheidend sei die gute Organisation und effektive Durchführung der Veranstaltung. Ebenso sieht er die seitens des Oberbürgermeisters und des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung übernommene Verantwortung als gut an. Er legt seine Auffassung dar, dass Stadt und Fraktionen nicht die tragenden Säulen für die Aktivitäten sind, wichtig aber das Ergebnis sei und bezeichnet die geäußerte Kritik fehl am Platz.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt, mit der Kritik umgehen zu können und seine Bereitschaft, Überlegungen hinsichtlich Veränderungen des Verfahrens anstellen zu wollen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kann sich der Auffassung des Stadtrates Bromberg anschließen und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die morgen stattfindende Meile der Demokratie gut verläuft und dies der letzte Ausmarsch von Neonazis in Magdeburg sein wird.

### 6.3. Haushalt 2014

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann informiert, dass seitens des Landesverwaltungsamtes die Bestätigung erfolgte, dass der städtische Haushalt vollzogen werden kann und kündigt eine entsprechende Information für den Stadtrat am 23. 01. 2014 an.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Andrea Behne  
Schriftführerin